

Größter Knall

In Tripolis platzte die geplante afrikanische Gipfelkonferenz – und damit auch Muammar Gaddafis Traum, Sprecher aller Afrikaner zu werden.

Es hätte alles so schön werden können. Auf der Konferenz der afrikanischen Staats- und Regierungschefs in seiner Hauptstadt Tripolis würden, so prophezeite Libyens Muammar el-Gaddafi, „sämtliche ungelösten Probleme Afrikas gelöst werden“.

Doch dann kamen die „amerikanischen Kolonialisten“ und machten mit ihren „skandalösen Methoden“ (Gaddafi) alles kaputt:



Gastgeber Gaddafi (r.), Gäste*: „Von der afrikanischen Einheit die Schnauze voll“

Von über vier Dutzend eingeladenen afrikanischen Chefs reisten nur 16 an; von den 50 Mitgliedstaaten waren 19 in Tripolis überhaupt nicht vertreten. Am vergangenen Wochenende schließlich stand fest: Die Gipfelkonferenz der „Organisation für Afrikanische Einheit“ (OAU) war geplatzt.

Es war, wie die „Voice of Kenya“ nicht ohne eine gewisse Lust am Untergang bemerkte, „der größte diplomatische Knall in der Geschichte des freien Afrika“. Doch schuld waren nachweislich nicht die Kolonialisten, der Eklat hatte rein afrikanische Ursachen.

Viele Gäste waren ausgeblieben, um gegen die Teilnahme der westsaharischen Befreiungsfront „Frente Polisario“ zu protestieren. OAU-Generalsekretär Edem Kodjo aus Togo hatte sie

im Februar eigenmächtig zum Vollmitglied erklärt, obwohl ihr die nach den OAU-Statuten erforderliche staatliche Souveränität fehlt.

Der Linksblock, voran Libyen, Tansania, Angola, Äthiopien und Mosambik, erkennt die Polisario als rechtmäßige Regierung der ehemaligen Kolonie Spanisch-Sahara an. Die Konservativen dagegen, wie Kenia, Zaïre, Senegal, Ägypten, Sudan und die Elfenbeinküste, stehen hinter Marokkos König Hassan, der die Westsahara als „historischen Bestandteil Marokkos“ für sich reklamiert. Sie befürchten, die von Algier und Tripolis üppig alimentierte Polisario wolle auf dem fast menschenleeren, aber phosphatreichen Wüstenterrain eine algerische Marionettenrepublik errichten.

Auch Gaddafi konnte nicht ernsthaft damit rechnen, daß der Kongreß von

Die Angst vor dem „libyschen Imperialismus“ (so Senegals Ex-Staatschef Léopold Senghor) war stärker als der gemeinsame Wunsch, die ohnehin angeschlagene OAU vor dem drohenden Kollaps zu retten. Libyens Nachbarn haben fast alle guten Grund, sich von Gaddafi bedroht zu fühlen.

- ▷ Die Randstaaten der Sahara hat der Libyer für seine „Vereinigten Staaten des Sahel“ verplant.
- ▷ Im Sudan hat er in den vergangenen zehn Jahren ein halbes Dutzend Staatsstreichversuche und gut ein Dutzend Mordanschläge – soweit sich deren Ursprünge rekonstruieren ließen – gegen Staatschef Dschaafar Numeiri angezettelt.
- ▷ Den Tschad ließ er im Dezember 1980 von einem libyschen Expeditionskorps besetzen und – wenngleich nur vorübergehend – zur Provinz eines imaginären islamischen „Bundesstaates“ degradieren.
- ▷ In Uganda schürt er den bewaffneten Widerstand gegen Präsident Milton Obote, nachdem libysche Hilfstruppen Anfang 1979 erfolglos versucht hatten, den Schreckensherrscher Idi Amin vor dem Sturz zu retten.
- ▷ Der ägyptische Geheimdienst unterhält ein personalstarkes Dezernat, das sich ausschließlich mit der Abwehr libyscher Ranküne befaßt.
- ▷ In Tunesien wurde Anfang 1980 in blutigen Gefechten ein Sonderkommando von Gaddafis „Fremdenlegion“ (so das Nachrichtenmagazin „Jeune Afrique“) aufgerieben, das die tunesische Bevölkerung zum Aufstand gegen Präsident Habib Burgiba aufwiegelte sollte.

Zur Vollendung der sozialistischen Revolution, meint Gaddafi, müßten noch „Meere von Blut“ fließen. Das Instrument dazu hat er schon geschaffen: die multinationale „Fremdenlegion“, die seine Revolution mit Waffengewalt in der Dritten Welt verbreiten soll.

Gaddafi hat sich zwar bemüht, mit einer bezahlten Propaganda-Kampagne in westlichen und afrikanischen Medien (SPIEGEL 51/1981) Goodwill zu schaffen und „durch Geschenke in Afrika Einfluß zu kaufen“ (so der „Economist“). Doch das Mißtrauen sitzt tief. Nicht zufällig liegen – mit Ausnahme Algeriens – all jene Staaten, deren Regierungen bereit sind, ihn als Sprecher Afrikas zu akzeptieren, mindestens 2500 Kilometer Luftlinie von Tripolis entfernt.

Weil über geplatzt Gipfelkonferenzen nichts in den OAU-Statuten steht, muß nun der amtierende OAU-Präsident, Kenia-Staatschef Daniel arap Moi, sein Amt einstweilen weiterführen. Dabei wäre er lieber heute als morgen die lästige Ehre los.

„Unser Chef“, so ein hoher Beamter im State House von Nairobi zum SPIEGEL, „hat die Schnauze voll von der afrikanischen Einheit.“

Tripolis das Westsahara-Problem lösen würde: Auf den bisherigen 18 OAU-Konferenzen – für deren Ausgestaltung manche der gastgebenden Staaten bis zur Hälfte eines Jahresbudgets verpulverten – ist noch nie ein afrikanisches Problem von Belang gelöst worden.

Nur, für Gaddafi stand mehr auf dem Spiel. Er war bemüht, das panafrikanische Konzil zu retten, weil er zum OAU-Präsidenten und damit zum obersten Repräsentanten des Kontinents gewählt werden sollte.

Aber auch ohne die Präsenz der Polisario hätte das tripolitanische Gipfel-Palaver wohl kaum das erforderliche Quorum erreicht. „Es war“, wie die Zürcher „Weltwoche“ konstatierte, „die Überzeugung der Mehrheit der afrikanischen Staatsführer, daß Tripolis wegen ... der Kompromißlosigkeit und der Rechthaberei Gaddafis als Tagungsort nicht akzeptabel sei.“

* Von links: Mali-Staatschef Traoré, Tansania-Staatschef Nyerere.